

Die baltischen Staaten

DETLEF HENNING

Die baltischen Staaten haben sich außenpolitisch weiter mit Teilerfolgen um eine rasche Integration in die Europäische Union und die NATO bemüht. Auf der anderen Seite galt ihr diplomatisches Bemühen der regionalen Kooperation im Ostseeraum, der Normalisierung der Beziehungen zu Rußland und der Beilegung innerbaltischer Grenzfragen. Wirtschaftlich setzten Estland, Lettland und Litauen ihren Erfolgskurs fort, wobei besonders Litauens Fortschritte seit den Parlamentswahlen im Herbst 1996 beachtlich sind. Zwar ist innenpolitisch eine langsame Konsolidierung der Parteiensysteme zu beobachten, andererseits weisen häufige Regierungswechsel weiterhin auf innenpolitische Stabilitätsdefizite hin. Vor dem Hintergrund außen- und wirtschaftspolitischer Prioritäten wird der Demokratisierung der Gesellschaften, der Sozialsphäre und den Bildungsreformen zu geringe Aufmerksamkeit geschenkt.

Politik im Europarat

Am 28. Juni 1996 warnte die Parlamentarische Versammlung des Europarates in einer Resolution Rußland, die Ukraine und Lettland vor der weiteren Vollstreckung der Todesstrafe. Zwar gilt in allen drei baltischen Staaten ein Vollstreckungsmoratorium, die Frage der Aufhebung der Todesstrafe bleibt jedoch wichtiger Kritikpunkt internationaler Organisationen an der Menschenrechtspolitik Estlands, Lettlands und Litauens. Allerdings beschloß die Parlamentarische Versammlung des Europarates, dessen Vorsitz Estland am 3. Mai 1996 übernahm, am 30. Januar 1997, die Aufsicht über Estland zu beenden, behielt sich aber vor, die Lage der Menschenrechte weiter zu beobachten. Lettland hat erst am 4. Juni 1997 die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert.

Beziehungen zur Europäischen Union

Den Rahmen der Beziehungen zwischen den baltischen Staaten und der Europäischen Union bilden die Assoziierungsabkommen vom 12. Juni 1995. Sie wurden seitdem in strukturiertem Dialog zwischen den Fachministerien in Tallinn, Riga und Vilnius sowie der EU-Kommission vertieft. Ende April 1996 legte die EU-Kommission auch den baltischen Regierungen Fragenkataloge (Questionnaires) vor, die von den baltischen Regierungen bis Ende Juli 1996 umfassend beantwortet wurden. Von den Antworten erhoffte sich Brüssel Aufschlüsse über den Stand der Integrationsfähigkeit Estlands, Lettlands und Litauens. Als Ergebnis der Auswertung empfahl die EU-Kommission am 15. Juli 1997 den EU-Mitgliedstaaten,

Anfang 1998 auch mit Estland in Beitrittsverhandlungen einzutreten. Lettland und Litauen reagierten enttäuscht und kritisierten vor allem, daß Brüssel die besondere Dynamik des baltischen Reformprozesses sowie Datenmaterial über jüngste ökonomische Fortschritte nicht mehr berücksichtigt habe.

Andererseits äußerten lettische und litauische Politiker jedoch Verständnis für die Kritik der EU-Kommission, die vor allem eine verbesserte Anpassung der Rechtssysteme, die noch mangelnde Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, Schwächen der öffentlichen Verwaltung, des Zolls und der Statistikverwaltungen sowie im lettischen (und auch estnischen) Fall Schwierigkeiten bei der Einbürgerung sowjetischer Einwanderer berührte.

Weiter offen bleibt die Frage des visafreien Reiseverkehrs zwischen den baltischen Staaten und – abgesehen von den skandinavischen Staaten, Großbritannien und Irland – den meisten EU-Mitgliedstaaten, insbesondere des Schengener Abkommens. Zwar hat Lettland mit der Annahme eines Gesetzes über Flüchtlinge und Asylanten am 19. Juni 1997 ein wichtiges Kriterium erfüllt, jedoch verzögern Rußlands und Weißrußlands Weigerungen, mit den baltischen Staaten Verhandlungen über Rücknahmeabkommen zu führen, einstweilen die Aufhebung des Visazwanges.

Sicherheitspolitik und die Perspektiven eines NATO-Beitrittes

Nachdem US-Verteidigungsminister Perry bereits Ende September 1996 in Kopenhagen und Oslo bekannt gegeben hatte, daß die baltischen Staaten noch nicht für eine Aufnahme in die NATO bereit seien, erfüllten sich auch auf dem Madrider NATO-Gipfel am 8./9. Juli 1997 baltische Hoffnungen nicht, daß sich unter den Beitrittskandidaten der ersten NATO-Erweiterungsrunde dennoch wenigstens ein baltischer Staat befinden würde. Daß die baltischen Staaten im Abschlußkommuniqué neben Rumänien und Slowenien ausdrücklich als potentielle zukünftige Mitglieder Erwähnung fanden, wurde in den baltischen Hauptstädten jedoch als diplomatischer Teilerfolg gewertet.

Die baltischen Anstrengungen richten sich nunmehr darauf, die mangelnde Verteidigungsfähigkeit der kleinen baltischen Verteidigungskräfte¹ – einer der Hauptkritikpunkte seitens der NATO – rasch zu verbessern. Bereits am 3. April 1997 hatten die baltischen Verteidigungsminister eine trilaterale Vereinbarung über gemeinsame Verteidigungsanstrengungen unterzeichnet. Demnach übernimmt Lettland das Kommando über das gemeinsame Friedensbataillon (BaltBat), das bisher im Bestand skandinavischer Friedenstruppen an den IFOR und SFOR-Missionen im ehemaligen Jugoslawien teilgenommen hatte und 1998 erstmals eine eigenständige Mission übernehmen soll; der Generalstab des baltischen Luftüberwachungszentrums (RASCC) soll sich in Litauen und der Vereinigte Stab der Marine (Baltron) in Estland befinden. Eine baltische Verteidigungsakademie (Baltic Defense College) soll 1999 in Estland eröffnet werden; eine baltische Militärunion wird demgegenüber ausdrücklich abgelehnt. Gemeinsame Gefechtsübungen finden vor allem

im Rahmen des Programmes „Partnerschaft für den Frieden“ statt. Am 17. Juli 1996 endete auf baltischem Boden das erste gemeinsame Manöver „Baltic Challenge“ estnischer, lettischer, litauischer und US-amerikanischer Streitkräfte.

Unklar bleibt, ob die geplante Charta über Zusammenarbeit in Wirtschaft, Politik und Sicherheit zwischen den USA und den baltischen Staaten („Baltic Action Plan“), über deren Inhalt das US-State Department die baltischen Außenminister Ende Juni 1997 unterrichtete, eine dauerhafte Grundlage sicherheitspolitischer Zusammenarbeit zwischen dem Westen und der baltischen Region – also ähnlich den Vereinbarungen zwischen der NATO einerseits und Rußland sowie der Ukraine andererseits – bilden wird, oder nur eine Übergangsphase bis zu einer möglichen NATO-Mitgliedschaft der baltischen Staaten markieren soll. Äußerungen der US-Außenministerin Albright unmittelbar nach dem Madrider Gipfel in Vilnius haben baltischen Hoffnungen, 1999 zu den Kandidaten einer zweiten Aufnahmerunde zu gehören, jedenfalls neuen Auftrieb gegeben.²

Regionale Kooperation im Baltischen Rat, im Ostseerat und in Mitteleuropa

Die Zusammenarbeit der drei baltischen Staaten im Baltischen Rat wird als befriedigend empfunden. Insbesondere im außenpolitischen Bereich wird trotz unterschiedlicher taktischer Vorgehensweise eine Abstimmung angestrebt. Das innerbaltische Freihandelsabkommen für Industriegüter vom 13. September 1993 wurde am 17. Juni 1996 durch ein Abkommen zur Schaffung einer Freihandelszone für Landwirtschaftsprodukte, welches am 1. Januar 1997 Oktober in Kraft trat, ergänzt. Langfristig ist die Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes (gemeinsames Transitverfahren, Zollunion), eine koordinierte Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie die Kompatibilität der Informations- und Sozialsysteme geplant.

Im Streit um die Seegrenze zwischen Estland und Lettland wurde am 22. August 1996 ein Grenzvertrag von beiden Parlamenten ratifiziert. Die Gespräche zwischen Lettland und Litauen in der gleichen Frage stagnieren, da im entsprechenden Seegebiet Ölvorkommen vermutet werden. Während der letzten Verhandlungsrunde am 26. Juni 1997 wurde der Vorschlag geäußert, neben dem Grenzvertrag auch einen Vertrag über die wirtschaftlichen Interessen im strittigen Gebiet zu unterzeichnen. Mit einer Lösung des Problems wird bis Anfang 1998 gerechnet.

Die Zusammenarbeit im Ostseerat, dessen Vorsitz Lettland am 1. Juli 1996 übernommen hatte, insbesondere mit den skandinavischen Staaten im Rahmen von 3+5-Gesprächen zwischen Nordischem und Baltischem Rat, drückt sich inzwischen in einer Vielzahl von Einzelprojekten zur Strukturhilfe auf den Gebieten der Bildung, der Demokratisierung, der Umwelt, der Verbrechensbekämpfung, des Grenzschutzes und des Verkehrs aus. Daneben bemühen sich die baltischen Staaten insbesondere um gute Beziehungen zu Warschau, da man sich von Polen als künftigen EU- und NATO-Nachbar eine Fürsprecherrolle erhofft. Das Gebiet Kaliningrad stellt ein gemeinsames polnisch-baltisches Sicherheitsproblem dar. Ausdruck der guten baltisch-polnischen Beziehungen sind der Abschluß eines litauisch-pol-

nischen Freihandelsvertrages (27. Juni 1996) als erstem Abkommen dieser Art zwischen einem baltischen und einem CEFTA-Staat sowie das Treffen der baltischen Präsidenten mit ihrem polnischen und ukrainischen Kollegen am 27. Mai 1997 in Tallinn.

Beziehungen zu Rußland

Die baltisch-russischen Beziehungen sind durch das Bemühen Moskaus gekennzeichnet, eine NATO-Mitgliedschaft der baltischen Staaten zu verhindern, ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union und anderen europäischen Organisationen kalkulierbar zu gestalten und eigene Großmachtinteressen im baltischen Raum zu vertreten.

Mit dem Abzug der letzten 19 Militärangehörigen³ im April 1997 ist zwar der Abzug der ehemals sowjetischen Truppen aus Lettland beendet, Estland beklagt allerdings weiter den illegalen Aufenthalt von etwa 800 ehemals sowjetischen Militärangehörigen.⁴

Obwohl Estland Mitte November 1996 und Lettland Ende Februar 1997 ihren gegenwärtigen Grenzverlauf mit Rußland akzeptiert und auf die Moskauer Forderung, auf eine Erwähnung der Friedensverträge von 1920 als Grundlage der baltisch-russischen Beziehungen im Vertragstext zu verzichten, eingegangen sind, verzögert Rußland die Unterzeichnung von Grenzverträgen und versucht, sie mit der Frage der bevorstehenden NATO-Erweiterung und der Lage der russischsprachigen Bewohner in Estland und Lettland zu verknüpfen.

Die Lage der russischsprachigen Bevölkerung in Estland und Lettland

Die Minderheiten- und Ausländerfrage in allen drei baltischen Staaten ist inzwischen gesetzgeberisch zufriedenstellend gelöst, wird aber in Estland und Lettland von OSZE-Missionen weiter beobachtet.

Estland hat am 21. November 96 die europäische Rahmenkonvention über den Schutz nationaler Minderheiten ratifiziert. Sorge bereitet die zunehmende Zahl ehemaliger Sowjetbürger, die sich für die russische Staatsangehörigkeit entscheiden (August 1996: 112.815) oder nach Ablauf der Gültigkeit der alten sowjetischen Pässe am 15. Mai 1997 besondere Ausländerpässe beantragen (Juni 1997: 154.100 Antragsteller), statt sich um die estländische Staatsangehörigkeit zu bemühen (Ende 1996: 87.711 Personen). Das Recht auf eine öffentlich-rechtliche Kulturautonomie wurde bisher von den Minderheiten selbst nicht in Anspruch genommen.

In Lettland liegt das Problem darin, daß sich die große Mehrheit der etwa 686.000 nichtlettländischen Staatsbürger nur zögernd um einen lettländischen oder seit dem 10. April 1997 um einen „Nichtbürgerpaß“ bemüht. Der Vorschlag, den der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten der OSZE van der Stoel bei einem Besuch in Riga im April 1997 äußerte, die Bedingungen für eine Einbürgerung (Sprach- und Geschichtsprüfung, Gebühren) zu erleichtern, wurde von Präsident

Ulmanis übernommen und belebt seither die öffentliche Diskussion um die Zukunft Lettlands als lettische Kulturnation oder lettländische Staatsnation.

Gesellschaft, demokratische Entwicklung und politische Stabilität

Präsidenten-, Parlaments- und Kommunalwahlen sowie reibungslose politische Machtwechsel dokumentieren inzwischen das Funktionieren der demokratischen Institutionen in den baltischen Staaten.

Am 20. September 1996 wurde Lennart Meri im fünften Wahlgang für eine weitere fünfjährige Periode im Amt des Präsidenten Estlands bestätigt. Die Kommunalwahlen in Estland vom Oktober 1996 zeichneten sich vor allem durch eine geringe Beteiligung wahlberechtigter Ausländer aus. Auch in Lettland wurde Präsident Ulmanis am 18. Juni 1996 für drei Jahre wiedergewählt. Die lettischen Kommunalwahlen vom März 1997 erwiesen sich vor allem als Protestwahlen, in denen die bislang bedeutungslosen Sozialdemokraten überraschende Erfolge aufweisen konnten. Die Parlamentswahlen in Litauen vom Oktober und November 1996 führten zu einem Machtwechsel. Verlierer war die postkommunistische Litauische Demokratische Arbeiterpartei von Präsident Brazauskas. Stärkste Partei ist nun die von Landsbergis geführte Vaterländische Union/Litauische Konservative mit 70 von 141 Abgeordneten, die zusammen mit der Litauisch Christlich Demokratischen Partei und zwei weiteren kleinen Parteien die Regierung bildet und auch aus den Kommunalwahlen vom März 1997 als Sieger hervorging.

Sorge bereitet in allen drei Staaten der Rückgang der politischen und gesellschaftlichen Partizipation der Bevölkerung seit 1991. Das zunehmende Mißtrauen der Bürger, die nach dem rasch erreichten Ziel der Unabhängigkeit schnellere Fortschritte im ökonomischen und sozialen Bereich erwartet hatten, in die fachliche und moralische Kompetenz der politischen Eliten führte zu einem ständigen Rückgang der Wahlbeteiligung. Sie erreichte bei den letzten litauischen Kommunalwahlen mit 39,93% einen Tiefpunkt. Die Labilität der Parteiensysteme und häufige Regierungswechsel, zuletzt der Rücktritt des lettischen Ministerpräsidenten Skele am 28. Juli 1997 wegen zahlreicher Korruptionsskandale der Regierung und seines zunehmend autoritären Führungsstils, führten innenpolitisch vor allem in Lettland zu Stagnation. Der Aufbau kritischer baltischer Bürgergesellschaften als funktionierendem Korrektiv neben den staatlichen Institutionen rückt zunehmend in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion.

Wirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung der baltischen Staaten zeigte überwiegend positive Tendenzen. Die Banken Krisen der Jahre 1994 bis 1996 sind überwunden. Das System der Steuereintreibung konnte entscheidend verbessert werden, was sich positiv auf die Staatshaushalte auswirkte. Für Estland wird 1997 ein reales Wirtschaftswachstum von 3%, für Lettland von 3,2% und für Litauen von 4,5% prognostiziert. Die Inflationsraten sollen dementsprechend 10%, 8,4% und 10,5%

betragen.⁵ Die makroökonomischen Erfolge aller drei Staaten haben zu einer günstigeren Bewertung der Kreditwürdigkeit durch ausländische Agenturen geführt, was wiederum positive Auswirkungen auf den Umfang ausländischer Direktinvestitionen hatte. Sorge bereiten allerdings der zunehmende Importüberhang der Außenwirtschaft und die steigende Arbeitslosigkeit außerhalb der Hauptstädte.

Integrationsfähigkeit der baltischen Staaten 1996

	Estland	Lettland	Litauen
Wirtschaftswachstum	4,0%	2,5%	3,5%
Inflation	14,8%	17,6%	24,6%
BIP pro Einwohner in US\$	2949	2030	2081,1
Offizielle Arbeitslosenquote	4,3%	7,2%	7,1%
Haushaltsdefizit in % des BIP	-1,06%	-0,8%	-2,1%
Handelsbilanz in Mio. US\$	-1145	-876,7	-1124,7

Quelle: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa, Sammelband 1997, Berlin 1997.

Anmerkungen

- 1 Zusammen etwa 15.200 Mann (zuzüglich Reserve 36.000 Mann, Grenzschutz 10.300 Mann). Vgl. Visuri, Pekka: Die Sicherheitslage der baltischen Staaten, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 4 (1997), S. 31.
- 2 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 18.7.1997, S. 3.
- 3 Das lettisch-russische Abkommen vom 30.4.1994 sieht allerdings noch eine Präsenz von maximal 599 russischen Militärpersonen und 199 Zivilpersonen bis zum Jahr 2000 in der ehemals sowjetischen Radarfrühwarnanlage Skrunda vor; vgl. Latvijas Republikas Saeimas un Ministru Kabineta Zinotajs, 26.1.1995, Nr. 2, S. 181 und 187.
- 4 Baltic Times, No. 70, July 31-August 6, 1997, S. 5.
- 5 Baltic Times, No. 69, July 24-30, 1997, S. 9.

Weiterführende Literatur

- The Baltic Times, News from Estonia, Latvia and Lithuania, Riga. (Wochenzeitung in englischer Sprache).
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union. Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit 1996. Gütersloh 1996, S. 55-118.
- Lejins, Atis, Zāneta Ozolina (eds.): Small States in a Turbulent Environment: The Baltic Perspective, Riga 1997.
- Visuri, Pekka: Die Sicherheitslage der baltischen Staaten, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 4 (1997).
- Lucas, Hans-Dieter: Die baltischen Staaten in Europa. Probleme und Perspektiven, in: Außenpolitik 48 (1997), S. 127-136.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin u.a. (Hrsg.): Estland. Lettland. Litauen. Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa, Sammelband 1997, Berlin 1997, S. 118-137.